SPÖ will Anti-Abwanderungspaket

2020-09-26 09:29

Die SPÖ fordert in der CoV-Krise ein „Anti-Abwanderungspaket“. Die Oppositionspartei schlägt vor, Förderungen an den Erhalt von Arbeitsplätzen zu koppeln und für Firmen, die absiedeln, eine Wegzugsbesteuerung nach deutschem Vorbild einzuführen. Der Vorstoß der Sozialdemokraten heute hängt mit den jüngsten Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt zusammen. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner will am Montag Betriebsräte von betroffenen Firmen treffen.

In den vergangenen Wochen haben einige große Unternehmen beschlossen, mehrere hundert Stellen zu streichen, darunter FACC, Doka, Swarovski oder die Casinos Austria. In Steyr in Oberösterreich soll das MAN-Werk mit rund 2.300 Mitarbeitern 2023 zugesperrt und die Produktion der Busse und Lastwagen nach Polen und in die Türkei verlegt werden. Beim insolventen Antriebstechnikherstellers ATB Spielberg mit 360 Mitarbeitern werden die Maschinen nach Polen und Serbien in andere Betriebe der Gruppe gebracht.

„Das sind dramatische Entwicklungen. Es drohen Flaggschiffe der österreichischen Industrie wegzubrechen. Das Prinzip Hoffnung ist zu wenig“, sagt Rendi-Wagner in einer Aussendung. „Es muss etwas getan werden, die Abwanderungen von Arbeitsplätzen zu stoppen. Es kann nicht sein, dass Konzerne jahrelang Förderungen kassieren und dann in der Coronakrise die Chance nutzen, um ins billigere Ausland abzuwandern. So geht man mit Menschen nicht um, die oft jahrzehntelang in einem Betrieb gearbeitet haben“, heißt es weiter.